

Solothurn, den 24. November 2009

Gemeinsame Medienmitteilung des Gewerkschaftsbundes Kanton Solothurn (GbS) und der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn (SP) zu den Empfehlungen der tripartiten Kommission

Die tripartite Kommission (KAP) teilt mit ihren neusten Empfehlungen die Einschätzungen von GbS und SP über die aktuelle Konjunkturlage im Kanton – ihre Empfehlungen an den Regierungsrat gehen sind ein erster positiver Ansatz, gehen jedoch zu wenig weit.

Der GbS und die SP haben seit längerem auf die düstere konjunkturelle Situation im Kanton Solothurn hingewiesen. An ihrer jüngsten Sitzung kommt nun die KAP des Kantons Solothurn zu einer ähnlichen Einschätzung.

Erfreut stellen GbS und SP fest, dass KAP einige Massnahmen unterstützt, die von GbS und SP bereits mehrfach gefordert wurden. Insbesondere werden folgende Empfehlungen begrüsst:

- Die Weiterbeschäftigung von LehrabgängerInnen durch die öffentliche Verwaltung und Betriebe, bei denen die öffentliche Hand die Mehrheit hat, während zweier Jahre.
- Die Schaffung von Anreizsystemen für die Privatwirtschaft (z. B. durch Einarbeitungszuschüsse oder Praktikas über die ALV), die LehrabgängerInnen ebenfalls weiter zu beschäftigen, damit sich diese Berufserfahrungen aneignen können.
- Die Ausdehnung der ALE-Bezugsdauer auf 520 Tage beim Bund zu beantragen, falls die Arbeitslosigkeit im Kanton über 5% steigt.
- Das zinslose Bereitstellen von CHF 20 Mio. durch den Kanton für innovative Projekte, Arbeitsplatz-erhalt durch Investitionen und ökologische Umbauprojekte, sowie für die Ansiedelung neuer Arbeitsplätze.
- Das Vorziehen von Sanierungen öffentlicher Bauten. Bei vielen öffentlichen Bauten besteht Sanie-rungsbedarf, insbesondere im energietechnischen Bereich.

Mit diesen vier Massnahmen können wichtige Impulse zur Kaufkraftsicherung und für technologische Innovationen gesetzt werden. GbS und SP appellieren deshalb an den Regierungsrat, die Empfehlungen der KAP umzusetzen.

Mit Bedauern stellen GbS und SP fest, dass weitere wichtige und notwendige Massnahmen keine Unterstützung durch die KAP gefunden haben:

- Zur Verhinderung von Altersarmut ist es notwendig, dass entlassenen Arbeitnehmenden, die älter sind als 60, durch den Kanton ab dem 3. Monat der Arbeitslosigkeit Alterssparbeiträge in die BVG-Auffangeinrichtung einbezahlt werden. Allfällige Leistungen aus einem Sozialplan in die Vorsorgeeinrichtung können angerechnet werden.
- Betriebe sollten mit Nachdruck angehalten werden, die Dauer der Kurzarbeit auszuschöpfen. Gleichzeitig sollten die Betriebe verpflichtet werden, geeignete Weiterbildungsmassnahmen einzuleiten. Dies dient der Erhaltung und Verbesserung des industriellen Know-hows in unserem Kanton und fördert den Wiederaufschwung.
- Im Kanton Solothurn sollten ab 5 Entlassungen das Verfahren für Massenentlassungen mit aktiver Unterstützung der Sozialpartnern und des Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA) durchgeführt werden. Eine 30-tägige Konsultation der Arbeitnehmenden ist dabei Pflicht. Vorschläge der Arbeitnehmenden, aber auch die Stellungnahme der Arbeitgeber werden mit Unterstützung der Sozialpartner vom AWA überprüft und mit den Firmen. Gute Beispiele sind vorhanden, wie damit ein Maximum an bestehenden Arbeitsplätzen gerettet werden konnte (ITEMA, Agathon etc.)
- In Branchen mit überdurchschnittlichem Arbeitsplatzabbau sollten tripartit gesteuerte Transferorganisationen (TO) gegründet werden. Ziel dieser TO ist, die Arbeitnehmenden in einer Tagesstruktur zu beschäftigen. Dabei soll der Weiterbildung und Qualifizierung hohe Priorität zukommen. Eben-

falls sollen diese Arbeitnehmenden von einem professionellen Betreuungsnetz und Coaching profitieren und damit möglichst schnell wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden.

GbS und SP fordern den Regierungsrat mit Nachdruck auf, den nun von der KAP empfohlenen Weg hin zu einer aktiveren Arbeitsmarktpolitik konsequent zu verfolgen, weitergehende Massnahmen im Sinne einer Beschäftigungsoffensive zu prüfen und damit optimale Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Solothurn zu schaffen. GbS und SP verfolgen die weiteren Massnahmen von Regierungsrat und Verwaltung kritisch und behalten sich vor, ihre politischen Instrumente zu nutzen, um eine aktive Arbeitsmarktpolitik voranzutreiben.

Für weitere Auskünfte:

Markus Baumann, Präsident Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn, 079 435 64 47

Markus Schneider, Präsident SP-Kantonsratsfraktion , 079 825 40 79